

Oberbürgermeister  
Dr. Kurt Gribl  
Rathausplatz 1  
86150 Augsburg

Augsburg, den 14.07.16

**Änderungsantrag zu BSV 16/00619  
Ratsinformationssystem  
Festlegung Zugriffsrechte**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die o.g. Beschlussvorlage stellen wir folgenden **Änderungsantrag**, um zu einer analogen Praxis wie München und Nürnberg zu kommen:

1. Anlage 1 wird so abgeändert, dass in der Bürgerinfo
  - bzgl. der öffentlichen Beschlussvorlagen und deren Anlagen die gleichen Zugriffsrechte verankert werden wie für Stadtratsmitglieder oder die Fraktionsgeschäftsstellen.
  - bzgl. des Beschlusstexts öffentlicher Beschlüsse ebenfalls die gleichen Zugriffsrechte verankert werden, also der (evtl. geänderte) Tenor incl. Begründung und das Abstimmungsergebnis veröffentlicht wird.
2. Neuer Punkt 3 des Beschlusstexts: *„Die Verwaltung wird beauftragt die Bürgerinfo im September 2016, spätestens jedoch noch in diesem Jahr, umzusetzen und damit online zu gehen.“*

Begründung:

Die Erinnerungen an die ersten Überlegungen und technischen Umsetzungsversuche eines Ratsinformationssystems bei der Stadt Augsburg reichen mittlerweile bis ins letzte Jahrhundert zurück. München, Nürnberg und auch zahlreiche kleinere Städte als Augsburg betreiben teilweise bereits seit 15 Jahren Ratsinformationssysteme, in denen alle öffentlichen Stadtratsunterlagen im Vorfeld von Sitzungen abrufbar sind. Aus diesen Kommunen sind auch keine Fälle von Klagen oder Rechtsstreitigkeiten aufgrund von Verletzungen des Datenschutzes bekannt.

Mit einer Bürgerinfo an den Start zu gehen, in der letztlich kaum nachvollziehbare Informationen hinterlegt sind, ist im Zeitalter von Web 3.0 nicht nachvollziehbar. Auch wenn der Stadtrat formal kein Parlament sein mag, haben die Bürgerinnen und Bürger das Recht sich über öffentliche Vorgänge zu informieren und alle darüber verfügbaren Informationen auch unkompliziert zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Eine Bürgerinfo würde zudem sowohl die Fraktionsgeschäftsstellen als auch das Hauptamt enorm entlasten, da die Bürgerinnen und Bürger über die Informationsfreiheitsatzung ohnehin das Recht hätten alle öffentlichen Unterlagen bei der Stadt anzufordern.

Mit freundlichen Grüßen



Martina Wild  
Fraktionsvorsitzende GRÜNE

gez.

Leo Dietz  
stellv. Fraktionsvorsitzender CSU

gez.

Dr. Florian Freund  
stellv. Fraktionsvorsitzender SPD